

PRESSEMITTEILUNG

18. Mai 2026

Kinder- und Jugendbeirat für unseren Bezirk

Voraussetzungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geschaffen

Mit der Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung schafft die Wandsbek-Koalition eine Voraussetzung dafür, dass der Kinder- und Jugendbeirat seine Arbeit nach der Wahl in der zweiten Jahreshälfte 2026 aufnehmen kann, und setzt damit ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP um. Ein neuer Paragraph „Jugendmitwirkung“ in der Geschäftsordnung regelt die Mitarbeit der Kinder und Jugendlichen in den Gremien der Bezirksversammlung und schafft so die Grundlage, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen direkt in die politische Arbeit einfließen. Bereits vor den Sommerferien wird die Beteiligung in Ausschüssen mit Mitgliedern der jugendlichen Begleitgruppe testweise erprobt.

Finn Nußbaum, Fachsprecher Jugendhilfe der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Nach dem Verfügungsfonds haben wir mit der Anpassung der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung nun eine weitere Voraussetzung für eine wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bezirk geschaffen. Der Kinder- und Jugendbeirats soll als Bindeglied zwischen der Bezirkspolitik und den Kindern und Jugendlichen im Bezirk fungieren. Er ist die erste Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und setzt sich als starke Stimme gegenüber den Ausschüssen der Bezirksversammlung und der Öffentlichkeit für deren Interessen ein. Wir freuen uns sehr, dass wir nach langer Vorarbeit nun die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzen und hoffen auf eine rege Beteiligung.“

Justin Orbán, Vorsitzender der Wandsbeker Grünen-Fraktion: „Mit der Verankerung des Kinder und Jugendbeirats in unsere Geschäftsordnung schaffen wir die Grundlage dafür, dass Kinder und Jugendliche in Wandsbek nicht nur angehört werden, sondern ihre Perspektiven dauerhaft und verbindlich in die politische Arbeit einbringen können. Die Änderung ist ein weiterer wichtiger Schritt auf einem langen Weg, der sein Ziel nun fast erreicht hat: echte und wirksame Beteiligung junger Menschen in Wandsbek. Gerade Kinder und Jugendliche erleben unmittelbar, wie politische Entscheidungen ihren Alltag beeinflussen, deshalb ist es wichtig, ihnen früh echte Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Der Kinder- und Jugendbeirat soll eine starke Stimme für die Interessen junger Menschen in Wandsbek werden und demokratische Teilhabe konkret erfahrbar machen

Kian Shadi, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion Wandsbek: „Wer junge Menschen ernst nimmt, muss ihnen auch echte Mitwirkungsmöglichkeiten geben. Mit der Anpassung der Geschäftsordnung schaffen wir dafür jetzt die Voraussetzung. Uns ist wichtig, dass Beteiligung nicht nur auf dem Papier steht, sondern in der Praxis Gehör findet. Der Kinder- und Jugendbeirat kann dafür sorgen, dass die Sichtweisen junger Menschen früher, direkter und verbindlicher in die Arbeit der Bezirksversammlung einfließen.“

Hintergrund:

Im Koalitionsvertrag der Wandsbek-Koalition ist die Schaffung eines Kinder- und Jugendbeirates als Abschluss einer mehrjährigen Projektphase vorgesehen. Parallel dazu sieht der Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 23. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg die Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Bezirken durch die Einrichtung von Jugendparlamenten oder -beiräten in allen Bezirken vor. Gestartet wird mit den aktuell laufenden Pilotprojekten in den Bezirken Altona und Wandsbek.

Politik und Verwaltung geben dabei mit Hilfe des Rahmenkonzeptes und der nun erfolgten Änderung der Geschäftsordnung nur die Rahmenbedingungen für einen Kinder- und Jugendbeirat vor. Die Jugendverbände sollen in geeigneter Form bei der Schaffung und Umsetzung des Kinder- und Jugendbeirates eingebunden werden. Die Satzung, die Geschäftsordnung und weitere Regelwerke des Beirates sollen anhand eines Workshops mit den gewählten Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden.

Die Drucksache war mehrfach in den Gremien der Bezirksversammlung vertagt worden, um noch offene Rechtsfragen zu klären und den Fraktionen Gelegenheit zur internen Diskussion und zu Änderungsvorschlägen zu geben. Die nun vorliegende Fassung ermöglicht den Start des Projekts, obwohl ein gesetzlicher Rahmen durch die Bürgerschaft noch nicht geschaffen worden ist.